



ARGUS INTERNATIONAL DE LA PRESSE

INTERNATIONALER ARGUS DER PRESSE

INTERNATIONAL PRESS CUTTING SERVICE

ZÜRICH TEL. (051) 27 99 12 / 27 18 77 GENÈVE TEL. (022) 32 54 10

Der Rhoinaler, Hoerbrugg

23. Feb. 1980

Römer 13 und Jeremia 29

Wer obsiegt an der deutschen Synode: Dibelius oder Karl Barth?

wd. Die jetzt im geteilten Berlin tagende gesamtdeutsche evangelische Synode steht unter dem beklemmenden Druck der Obrigkeitsdiskussion, d. h. der Frage, ob ein Christ im modernen, unpersönlichen Staat noch gottgesetzte Obrigkeit nach Römer 13 sehen könne — besonders dann, wenn es sich um ein totalitäres Regime handelt, das seine eigene, von Gott und dem unwandelbaren Recht abgewendete Ordnung durchsetzen will.

Der 80jährige, aber alles andere als vergreiste Bischof Dibelius hatte im Herbst diese Frage aufgeworfen, als er seine Thesen über die Obrigkeit als Privatdruck zirkulieren liess. Als Bischof von Berlin-Brandenburg, das östliches wie westliches Deutschland beschlägt, und als Ratsvorsitzender der nun tagenden gesamtdeutschen Synode kam damit Otto Dibelius unweigerlich in den Strudel der Wiedervereinigungsdiskussion und des Gegensatzes zwischen Ostberlin und Bonn. Dabei ist er alles andere als ein abgestempelter Westler der billigen Sorte, als welchen ihn der DDR-Propaganda-Apparat hinstellt. Ja, er hatte vor Jahren zu westdeutschen Wiedervereinigungsnationalisten das kluge Wort gesprochen, es sei nicht so wichtig, in welchem Staat man lebe, sondern es komme darauf an, welches Mass der bürgerlichen Freiheiten man jeweils genieesse.

Nun, dieses Mass ist mit der staatlichen Befehdung der Kirchen für Bischof Dibelius im östlichen Teil in unerträglicher Weise abgesunken, so dass sich dort der Christ die Frage vorlegen muss, ob er in der Regierung noch die «Dienerin Gottes» sehen könne. Dabei ging es Dibelius nicht um das Aufreizen zu aktivem Widerstand, sondern um die Kundgabe eines theologischen und persönlichen Vorbehaltes gegenüber dem Regime. Man musste die engste Veranlagung der lutherischen Christen auf das alte, fast kritiklose Gehorsams- und Obrigkeitsdenken nachfühlen können, um die Tragweite dieses noch behutsamen Kopfhobens zu erassen.

Ja, ist in der DDR die kommunistische Regierung rechtmässig? Ist sie es in Russland, oder in Polen, wo ein Kardinal mit ihr regelmässig den modus vivendi aushandelt?

Schlussendlich liegt all diesen doch unerquicklichen Konfrontationen kirchlicher und weltlicher Gewalten das Erbübel zugrunde, dass es am persönlichen politischen Verantwortungsgefühl jedes einzelnen gebricht. Schon im vortheologischen, in des Wortes eigentlicher Bedeutung zivilem Bereich gälte es, die Weichenstellung auf all die Totalitarismen hin zu vermindern. Wir Schweizer bilden uns ein, in dieser Hinsicht geeicht zu sein. Der Zufall will es, dass jetzt, an der Synode zu Berlin die Figur eines unserer bedeutenden Landsleuten gegenwärtig ist. Es ist kein Tellensohn im gewohnten Sinne, auch kein Jakob Burckhardt, sondern der theologische Lehrmeister Karl Barth vom «Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik». Dort wird eindringlich auf den Propheten Jeremias hingewiesen, der den Verbannten in Babylon riet, sich der Lage zu fügen und auch am neuen Ort «Häuser zu bauen und darin zu wohnen. Nehmt Frauen und habt Söhne und Töchter»...

Es ist da immerhin von der Gefangenschaft die Rede, und die Vorfrage, wie sich der Einzelne als politischer Bürger mit ihr auseinandersetzen habe, bleibt gestellt — unbeschadet der theologischen Erwägungen.

Vorgefachte zu Beginn

Der gefürchtete politische Lärm um die gesamtdeutsche evangelische Synode in Berlin ist nun entstanden. Die ostdeutsche Propaganda hat die Teilnahme westdeutscher Staatsmänner und Politiker als «Provokation» im Stile des Kalten Krieges verübelt. Der Ostberliner Bürgermeister Ebert, Sohn des Weimarer Reichspräsidenten, hatte eine Einladung abgelehnt. Dafür drohte er, die führenden Persönlichkeiten des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands hätten die Folgen dieser Provokation zu tragen. Diese Drohung richtete sich gegen den Vorsitzenden selbst, Bischof Dibelius. Dieser hat am Montag in seinem Rechenschaftsbericht die Einheit der Kirchen beider Landesteile beschwört. Er riet, strittige Fragen, wie das Atomproblem, den für sie bestellten Kommissionen zu belassen und die kirchliche Öffentlichkeit vor ihnen und alle den Schlagworten zu bewahren.